



In ganz Deutschland gehen die Menschen gegen die rechtsradikale AfD auf die Straße. Mit dabei auch Die Linke in Berlin.

Gegen rechte Umsturzfantasien

Eine demokratische Mobilisierung entgegenstellen

! Mit Sorge, aber auch mit Wut und Empörung haben seit Mitte Januar überall im Land Millionen Menschen auf die Enthüllungen des Medienmagazins „korrektiv“ reagiert. Sie fordern eine Reaktion der Politik auf die menschenverachtenden Vertreibungspläne, die von bekannten Rechtsextremisten vorgestellt und von hohen AfD-Funktionären zustimmend erörtert wurden. Sie fragen, was noch alles geschehen muss, damit eine Partei verboten wird, die offen rassistische Hetze betreibt, die unsere Demokratie verächtlich macht, die Abgeordnete hat,

die offen mit dem Nationalsozialismus kokettieren, die mit Rechtsextremen zusammenarbeitet und in Teilen selbst als rechtsextrem eingestuft wird, auf deren Bundestagslisten Reichsbürgerinnen kandidieren, die wegen gewalt-samer Umsturzpläne in U-Haft sitzen. Deshalb fordere ich den Senat auf, sich ernsthaft mit dieser Frage zu befassen und ein solches Verbot zu prüfen. Ein Parteiverbot ist, und muss es auch bleiben, die Ultima Ratio des Schutzes der Demokratie vor ihrer Zersetzung von innen. Aber wir sind den Menschen, die diese Forderung jetzt erheben, eine

ernsthafte Antwort schuldig, auch für den Fall, dass man sich dagegen entscheidet.

Als demokratische Parteien sind wir den Protestierenden aber vor allem schuldig, dass die vielbeschworene Brandmauer gegen rechts hält. Es wirft Fragen auf, wenn immer wieder Mitglieder der CDU in Zusammenhang mit solchen Treffen auftauchen, gar als Gastgeber für diese fungieren. Und es wirft Fragen auf, wenn aus der CDU immer wieder Stimmen zu vernehmen sind, die sich in Sprache, Intention und Duktus kaum von denen der AfD unterscheiden.

Wahlwiederholung

Nach der Ampel LINKS!

siehe dazu auf Seite 7

Ich bleibe dabei: Wer Nazis und Faschisten politisch bekämpfen will, darf ihre Rhetorik und ihr „Das Boot ist voll“-Märchen nicht übernehmen.

Die vielen Demonstrationen gegen die demokratie- und menschenfeindliche AfD sind ein Zeichen der Ermutigung und ein Beitrag gegen die Resignation, die sich manchmal breitmacht. Doch neben Diskussionen und Protesten auf der Straße braucht es auch einen Politikwechsel in diesem Land. Wenn in diesen Tagen z.B. vielen Menschen hohe Betriebskostennachforderungen ins Haus flattern. Doch der von Rot-Grün-Rot in Berlin eingerichtete Härtefallfonds gegen Energiesperren wurde nicht weiterentwickelt. Menschen haben Angst, ihre Wohnung zu verlieren. Und bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kommt dann noch die Mieterhöhung obendrauf, weil Mietenstopp und Mietendimmer ausgelaufen sind. Das Gegenteil von sozialer Politik.

Mein Tipp an alle, die sagen, lasst es uns doch mal mit etwas Neuem versuchen, um der AfD entgegenzutreten. Gute Idee, wie wäre es mit einer anderen, einer wirklich sozialen und demokratischen Politik?

■ ■ Carsten Schatz, MdA

Gysi meint...

Schuldenbremse – Zukunftsbremse

„ Haben Sie sich auch darüber geärgert, wie schlecht Deutschlands Schulen bei den letzten PISA-Tests dastanden und auch wirklich sind? Das bedeutet schlechtere Zukunftschancen für unsere Kinder.

Es wird zu wenig in Bildung investiert. Allein die Kommunen haben als Schult Träger einen Investitionsrückstau von 50 Milliarden Euro. Für die Sanierung von Straßen fehlen 40 Milliarden Euro. Insgesamt können die Kommunen 166 Milliar-

den Euro zu wenig investieren. Das Land wird auf Verschleiß gefahren.

Die Schuldenbremse verhindert dringend notwendige Investitionen des Bundes, der Länder und Kommunen. Der Verweis auf die schwäbische Hausfrau war schon 2009 falsch, als die Schuldenbremse von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen wurde. Denn auch die Spar-samsten werden für den Bau ihres Hauses einen Kredit aufnehmen. So wie Un-

ternehmen, wenn sie ihre Produktion erweitern oder den Maschinenpark erneuern. Die Ampelkoalition und die Union nutzen jetzt nicht einmal die Spielräume der Schuldenbremse in der aktuellen Krisenzeit. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Buchungstricks der Ampel auffliegen ließ, kürzen SPD, Grüne und FDP stattdessen 17 Milliarden Euro, gerade auch im sozialen Bereich. Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen werden 2024 weniger im

Portemonnaie haben. Die Folge: Fehlende öffentliche Investitionen, niedrigere private Ausgaben, wachsende Armut treiben Deutschland in eine Rezession. Das ist fatal und gefährdet auch die Demokratie. Wir brauchen mindestens eine Reform der Schuldenbremse, die Kreditaufnahmen für Investitionen wieder ermöglicht. Und endlich ein gerechteres Steuersystem. Allein wenn große Vermögen bei uns wie in den USA, Großbritannien oder Frankreich besteuert werden würden, stünden jedes Jahr 100 Milliarden Euro mehr für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung.





Drastische Erhöhungen

Schwarz-Roter Senat dreht an der Mietenschraube



Viele Berliner Haushalte trifft dieser Tage beim Öffnen der Post aufgrund aberwitziger Heizkostenabrechnungen der Schlag. Derweil wickeln CDU und SPD soziale Errungenschaften der Mietbewegung und der linken Regierungsbeteiligung der letzten Jahre ab. 150.000 Haushalte bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen erhalten erstmals wieder

drastische Mieterhöhungen. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verabredete die linke Wohnungsbausenatorin Kathrin Lompscher 2017 soziale Vorgaben für die Vermietung städtischer Wohnungen. Es war dies auch ein Erfolg des Mietenvolksentscheids, der im Vorfeld der Wahlen 2016 erfolgreich war. Als nach Klagen von CDU und FDP das Bundesverfassungsgericht feststellte,

dass nicht Berlin, sondern nur der Bund einen Mietendeckel einführen dürfe, entschloss sich die linke Senatsverwaltung kurzerhand, dass der Mietendeckel für städtische Wohnungen bis 2025 bestehen bleiben soll. Ein millionenschwerer Härtefallfonds zum Schutz vor Stromsperrern infolge steigender Energiepreise wurde ebenso eingeführt wie ein besonderer Kündigungsschutz für Menschen mit Mietschulden.

Ein Unterschied ums Ganze – rechte Wohnungspolitik seit Anfang 2023. Bereits nach wenigen Monaten im Amt veröffentlichte der nun Sozialdemokratische Senator Gäbler im Herbst 2023 mit seinen neuen Partnern aus der CDU neue Vermietungsregeln für die städtischen Wohnungen. Bis zu 11% Mieterhöhungen sind demnach in 2024 wieder möglich. Die Quote für die Vermietung freier Wohnungen an Haushalte mit kleinen Einkommen wurde nahezu halbiert. Und bei Modernisierungen drohen künftig Mieterhöhungen bis zu 30%. CDU und SPD legen die Axt an die soziale Wohnraumversorgung in Berlin. Das letzte Vermächtnis des so hoffnungsvoll eingeführten Mietendeckels wird begraben und die landeseigenen Wohnungsunternehmen werden wieder stärker wie „normale Akteure am Wohnungsmarkt“ behandelt.

Beachtlich: Neben Deutsche Wohnen und Co. Enteignen und 100% Tempelho-

fer Feld mißachtet der Senat nun auch den Mietenvolksentscheid. 3/3 Punkte für Demokratieverachtung von CDU und SPD.

Nehmen Sie Ihre Rechte wahr!

Wenn Sie mehr als 27% ihres Nettoeinkommens für die Kaltmiete zahlen müssen, könnte eine Mieterhöhung unwirksam sein und ihre Miete abgesenkt werden müssen. Lassen Sie sich beraten, zum Beispiel in einem unserer Büros oder bei der kostenfreien Beratung des Bezirksamts.

Linke Wohnungspolitik, damit die Mieten bezahlbar bleiben.

DIE LINKE fordert:

1. Einführung eines dauerhaften Mietendeckels
2. Geld für die landeseigenen Wohnungsunternehmen, um 100% und dauerhaft bezahlbare Wohnungen zu bauen
3. Wohnungen ohne Mieterhöhungen sanieren, davon profitieren Menschen und Klima
4. Oft fehlt es vor Ort an Ärztinnen und Ärzten, Spielplätzen, Grünflächen, Supermärkten. Wir wollen investieren, um Wohnquartiere schöner zu machen und den Service zu verbessern. Geht etwas kaputt, muss es schneller repariert werden.

■ ■ Lukas Klatte

Wie weiter am Schmollerplatz?

Kritik und Wut der Anwohner:innen



Um den Schmollerplatz in Alt-Treptow existieren in den 1960er und 1970er Jahren gewachsene genossenschaftliche Wohnstrukturen, in denen viele der heutigen Anwohner:innen bereits seit Jahrzehnten wohnen. In den vergangenen Jahren fanden um den Platz Änderungen in den Strukturen statt, die bei vielen länger Ansässigen zu erheblichem Unmut führten.

Aktueller Stein des Anstoßes ist die Entwicklung der Heidelberger Straße in der Platzmitte zur Grünanlage und die Umgestaltung durch das Klimaprojekt im Rahmen der Pflegevereinbarung des Bezirks mit der KungerKiezInitiative, die noch bis Oktober dieses Jahres läuft; die Nutzung des Platzes zum Hundeauslauf, Lärm, Angst vor Drogenproblematiken, vermeintlich rücksichtslose Fahrradfahrer:innen und die Umwandlung von Parkplätzen sind Teil der Problembeschreibungen unter den Nachbar:innen. Es ist nicht die erste Entmächtigung, die die Anwohner:innen erfahren haben. So wurde 2016 die Kaufhalle abgerissen und an deren Stelle ein hochpreisiger Neubau mit Eigentumswohnungen gesetzt. Zur Umgestaltung des Platzes

bzw. der Entwicklung eines Freiraumkonzepts wurden Beteiligungsveranstaltungen durchgeführt, über deren Verlauf, Beteiligungsintensität und Offenheit die Beschreibungen von Bezirksamt und Anwohner:innen stark voneinander abweichen, wobei auch der Verdacht in den Raum gestellt wird, dass hier grüne Klientelpolitik mit im Grunde vorbestimmtem Ergebnis einer Scheinbeteiligung unterworfen wurde. Es entsteht der Eindruck, dass die Anwohner:innen das Gefühl umtreibt, durch vermeintlich wohlhabende Zugezogene eines Teils der gewohnten Umgebung beraubt zu werden und dem ohnmächtig zuschauen zu müssen.

Um sich einen Überblick zu verschaffen und mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen, lud Katalin Gennburg Anfang Dezember die Anwohner:innen, die zuständige Stadträtin und über diese auch die KungerKiezInitiative zu einem Gespräch vor Ort ein. Deutlich wurde hierbei: Es gibt eine Menge Kritik und Wut über das, was dort derzeit geschieht und viele Anwohner:innen nutzen die Gelegenheit, ihrem Unmut deutlich Luft zu machen. Andere wiederum begrüßten die Entwicklungen. Klar ist,

dass es am Schmollerplatz keine einfache Lösung und vor allem keinen einfachen Weg der Umgestaltung geben



Treffen mit Anwohner:innen und der KungerKiezInitiative vor Ort

wird. Das Bezirksamt muss einen Weg skizzieren, den Anwohner:innen Ziel, Zweck und Notwendigkeit der Umgestaltung nahezubringen und deren Bedarfe und Bedürfnisse dort einzubeziehen. Mobilität, Nahversorgung, Mieten und Freiräume, die keine sozialen Barrieren darstellen, müssen ebenso auf den Tisch wie Klimaschutz und -anpassung

sowie Umwelt- und Artenschutz, die sowohl lokale als auch räumlich übergeordnete Auswirkungen haben.

Zwei Ergebnisse lassen sich in dieser Gemengelage bereits jetzt schon festhalten: Die Absperrung der Heidelberger Straße in der Mitte soll bald so umgestaltet werden, dass Radfahrende

nicht mehr auf den ehemaligen Gehweg dort ausweichen und es zum Konflikt mit Fußgänger:innen kommt. Katalin Gennburg wird im Frühjahr - diesmal mit längerem Vorlauf - erneut zum Ortstermin am Platz einladen und sich dahinterklemmen, die Gespräche in Gang zu bringen.

■ ■ Denis Petri



Aus dem

Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 297

Februar 2024

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Die Linke engagiert sich für bezahlbare Mieten und gegen Mietwucher.

Mietwucher ist strafbar

Gegen Mietpreisüberhöhung (§ 5 WiStG) wirksam vorgehen



Anfang des Jahres flatterten vielen Berliner:innen Mieterhöhungsverlangen ihrer Vermieter ins Haus. Doch nicht alle sind rechters. Nun hat die Fraktion Die Linke in der BVV Treptow-Köpenick gemein-

sam mit SPD und B'90/Grüne sich in einem Antrag dafür stark gemacht, die Voraussetzungen für ein Verfahren gegen Mietwucher zu schaffen. Dem Bezirksamt wird demnach empfohlen, sich beim Senat dafür einzusetzen,

dass flächendeckend Mietpreisüberhöhungen verfolgt und geahndet werden können. Dazu sollten ein berlinweit einheitliches Musterverfahren und eine entsprechende Personalbereitstellung vereinbart werden. Des Weiteren sollten

auf der Website des Bezirksamtes Informationshinweise für mögliche Anzeigeverfahren unter Berücksichtigung des §5 Wirtschaftsstrafrecht bereitgestellt werden.

Wenn die Miete die ortsübliche Miete in einer bestimmten Höhe überschreitet, kann das als Mietwucher strafbar sein. Der Nachweis vor Gericht gilt aber als schwierig, weil Mieterinnen und Mietern oft die nötigen Unterlagen fehlen.

In Frankfurt am Main wurde jetzt die Beweisführung so verändert, dass der Nachweis vor Gericht entscheidend erleichtert wird und Bußgelder wegen Mietwucher gegen Vermieterinnen und Vermieter verhängt werden können. Diese Vorgehensweise soll auch in Berlin einheitlich umgesetzt werden, um ausufernde Mieten einzuschränken.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke: „Mietwucher ist verboten, allerdings mangelt es an der Umsetzung des Verbots. Das muss sich ändern. Mieterinnen und Mieter leiden genug unter den hohen Mieten. Nach dem Vorbild aus Frankfurt am Main muss für Berlin ein einheitliches Verfahren gefunden werden, um das Verbot wirksam werden zu lassen. Jedes Fahren ohne Fahrschein wird hart verfolgt und bestraft, während Mietwucher kaum beachtet wird. Das ist nicht nur ungerecht, sondern spiegelt auch nicht den verursachten Schaden wider.“

Mieterberatung ausbauen

Evaluieren und bedarfsgerecht ausstatten



In einem gemeinsamen Antrag der BVV-Fraktion Die Linke und der SPD wurde das Bezirksamt jetzt ersucht, das Angebot zur kostenlosen Mieterberatung in diesem Jahr zu evaluieren und das Ergebnis der Evaluation mit den zuständigen Ausschüssen der BVV zu diskutieren. Die Mieterberatung sollte bedarfsgerecht ausgestattet sein, das heißt, erforderlichenfalls ausgebaut werden. Die Beratung für Mieterinnen und Mieter in Treptow-Köpenick sollte in Anbetracht der steigenden Mieten, Betriebskosten und Sanierungen ausgebaut werden, damit sich Betroffene schnell und einfach Rat holen können. Dazu sollte das Angebot

an vielen Orten und zu möglichst umfangreichen Zeiten angeboten werden. Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke: „Das Angebot der Beratung für Mieterinnen und Mieter in Treptow-Köpenick ist im Moment sehr gering. Nur im Rathaus Treptow und im Kosmosviertel finden solche Beratungen statt. Für Menschen aus Köpenick Nord ist das nur schwer erreichbar. Insbesondere, weil die Beratungszeiten für Berufstätige kaum wahrnehmbar sind. Wir brauchen mehr Orte für die Beratungen und auch Abendtermine. Die Kiezklubs würden sich für solche Termine sicher anbieten.“

Ohne Feuerwerk

Alternativ: Laser- und Drohnenshows



In einem Antrag an die BVV hat die Fraktion Die Linke interfraktionell mit B'90/Grüne das Bezirksamt ersucht, zukünftig für bezirkliche Feste Alternativen zu Feuerwerken wie Laser- und Drohnen-Shows zu etablieren. Feuerwerke sind schön anzusehen, aber haben viele negative Auswirkungen. Wild- und Haustiere werden durch lautes Feuerwerk erschreckt und verändern ihr normales Verhalten stark. Dadurch werden Vögel etwa in ihrer Brutaktivität stark gestört, denn sie fliehen in viel größere Höhen, landen für lange Zeit nicht und verlassen oft für mehrere Tage ihre Rast- und Schlafgebiete. Ein Höhenfeuerwerk kann Auswirkungen auf Tiere in bis zu sieben Kilometern haben. Umwelt- und tier-

freundliche Alternativen gibt es und können leicht und nachhaltig eingesetzt werden.


Dazu erklärt Petra Reichardt, Antragstellerin aus der Fraktion Die Linke:

„Wir kennen das alle, wie stark unsere Haustiere auf Feuerwerk reagieren. Für Wildtiere ist das aber noch viel schlimmer und das kann handfeste Auswirkungen haben, wenn etwa Vögel dadurch ihre Brutstätte für längere Zeit verlassen. Das geschützte Flora-Fauna-Habitat Müggelsee ist bei Feuerwerken in Köpenick besonders betroffen. Weniger laute, aber ebenso ansehnliche Alternativen zu klassischem Feuerwerk können mit Licht- und Lasershows oder Drohnenschwärmen ebenso erzeugt werden.“



Wochenmärkte mit Erlebniswert

Bezirksamts-Umfrage ohne positives Ergebnis

 Wochenmärkte zählen zu den ältesten Marktformen der Welt. Sie waren lange Zeit bedeutende Dreh- und Anlaufpunkte für das gesellschaftliche und ökonomische Leben der Menschen. Auch die Wochenmärkte von heute sind noch immer wichtige Plätze des Handels und der Kommunikation und erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Obwohl Supermärkte und Einkaufszentren, zumindest in den Städten, längst den Wochenmarkt in versorgungstechnischer Hinsicht überflüssig gemacht haben, besteht das Interesse an Wochenmärkten weiter. Sie sollen Teil unseres städtischen Lebens sein. Wochenmärkte ergänzen nicht nur das Einzelhandelsangebot, sie befriedigen

auch soziale und kommunikative Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher schätzen den persönlichen Kontakt zum Händler, der oft auch der Erzeuger der angebotenen, regionalen Produkte ist. Gesunde Ernährung spielt dabei eine wichtige Rolle. Außerdem erhöhen Wochenmärkte den Erlebniswert und die Aufenthaltsqualität ihres Umfeldes. Dies alles sind Gründe für das wahrnehmbare Interesse der Menschen in Treptow-Köpenick an Wochenmärkten. Um sich ein Bild über das Interesse an Wochenmärkten zu verschaffen, hat das Bezirksamt auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung über die Beteiligungsplattform „mein berlin“ eine

Umfrage gestartet und ausgewertet. Diese Umfrage (<https://gleft.de/5uD>) hatte das Ziel, eine Evaluation der Gesamtsituation durchzuführen. Leider kommt das Bezirksamt zu dem Schluss, den wir allerdings nicht teilen, dass sich aus dieser Befragung keine Aussagen über zukünftige, weitere oder alternative Standorte ableiten lassen. Die Umfrage sowie Anfragen bei uns machen deutlich, dass es bei den Bürgerinnen und Bürgern durchaus Vorstellungen und Wünsche für bestehende Wochenmärkte, aber auch für weitere Standorte gibt, bis hin zu Öffnungszeiten, die es auch Berufstätigen ermöglicht, Wochenmärkte aufzusuchen. Gleichzeitig stellt das Bezirksamt in der Beantwortung meiner Schriftlichen

Anfrage klar, dass es selbst keine Wochenmärkte betreiben will und kann. Ein Interessenbekundungsverfahren (ein Verfahren zur Erhebung, ob eine Leistung durch private Anbieter erbracht werden kann) soll es aus unterschiedlichen Gründen auch nicht geben.

Bleibt also alles so, wie es ist? Selbst das ist nicht sicher. Auch Wochenmärkte sind von allgemeinen Veränderungen im Einzelhandel, von steigender Wettbewerbsintensität und steigenden Kosten betroffen und müssen versuchen, diese zu bewältigen. Baumaßnahmen wie am Marktplatz Adlershof, in Friedrichshagen und am S-Bahnhof Köpenick tun ihr Übriges dazu.

Hier sollte das Bezirksamt aktiv werden und mit Marktbetreibern und Markthändlern ins Gespräch kommen, um weitere Möglichkeiten, auch für alternative und neue Standorte, auszuloten. Auch wenn ein Wochenmarkt privatwirtschaftlich betrieben wird, geht's nicht ganz ohne die bezirkliche Verwaltung. Denn die Händler benötigen zum Beispiel einen Mindeststandard an Infrastruktur: Elektroanschlüsse für Kühlung und Beleuchtung, Wasseranschluss und eine Fläche, die aus lebensmittelhygienischen Gründen betoniert, asphaltiert oder gepflastert sein muss.


● **Petra Reichardt**
wirtschaftspolitische Sprecherin,
BVV-Fraktion Die Linke



Zur Auswertung der Umfrage
gleft.de/5ur

Beleuchtung an Haltestellen kommt

BVG will Bus-Stop am Studierendendorf aufhellen

 Die Bushaltestelle Bergastraße in Baumschulenweg, direkt am Studierendendorf, soll demnächst beleuchtet werden, der Auftrag wurde gerade ausgelöst, schreibt die BVG.

Angeschoben hatte das Verfahren die Fraktion Die Linke im Treptow-Köpenicker Bezirksparlament, nachdem aufgefallen war, dass an einigen Stellen die Beleuchtung von Bushaltestellen fehlt. Als Beispiele wurden dabei die genannte Haltestelle sowie weitere Haltestellen der Linie 265 zwischen Baumschulenstraße und Dammweg aufgeführt. „Ich würde mir wünschen, dass nicht nur alle Haltestellen ordentlich beleuchtet, überdacht und in einem kurzen Takt angefahren würden. Das ist bei der BVG aber ein Kapazitätsproblem. Wir arbeiten weiter daran, dass der Öffentliche Nahverkehr schnell komfortabler wird. Beleuchtung gehört da natürlich dazu“, resümiert André Schubert, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion. Die BVG antwortete auf den Antrag der



Linksfraktion, aufgrund der großen Anzahl von Haltestellen im Tram- und Busnetz (ca. 7.600) sei eine kurzfristige Überprüfung hinsichtlich Wartehallen, Sitzgelegenheiten und Beleuchtung nicht möglich. Sicherheitsaspekte, Min-

destdurchgangsbreiten und andere Hindernisse an den Haltestellen würden etwa die Errichtung von Wartehallen erschweren. Die BVG reagiere auf Anfragen von Kunden und Politik, prüfe jedoch aufgrund begrenzter personeller

Kapazitäten nur eine kleine Anzahl von Anfragen. Selbst wenn alle Voraussetzungen erfüllt seien und eine Sondernutzungserlaubnis vorläge, könnten finanzielle Einschränkungen (ca. 20.000 EUR für eine Wartehalle) den Bau verhindern. Die Kosten würden die Entscheidung beeinflussen. Straßenerweiterungen und längere Kabelverlegungen seien sehr teure Maßnahmen. Die Installation von Beleuchtung nach allen Vorarbeiten könne deshalb bis zu einem Jahr dauern. Die BVG betont, den Bedarf ernst zu nehmen, könne jedoch aufgrund der genannten Gründe nicht zeitnah auf die vielen Anfragen nach Unterstell- und Sitzmöglichkeiten sowie Beleuchtung reagieren.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart**, **Donnerstag, 29. Februar** von 10 – 11.30 Uhr (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 131
Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88



In der Wattstraße in Oberschöneweide wurden am 26. Januar fünf Stolpersteine für Familie Herlitz in Zusammenarbeit mit Schüler:innen der 6. Klasse der Edison-Schule, verlegt. Im Saal des KIEZKLUB KES, Plönzeile 5–7, wurde tags darauf eine Ausstellung „Ausschnitte des jüdischen Lebens in Oberschöneweide“ eröffnet. Neben den üblichen Öffnungszeiten Montag und Donnerstag ist die Ausstellung an den Samstagen 10. und 17. Februar geöffnet.



Traditionell zum Jahresbeginn lud das Bezirksamt zu einem Jahresauftakt ein. Auf dem Empfang stand die Vernetzung im Vordergrund, ohne die eine proaktive Gestaltung unseres Bezirkes nicht möglich ist. Geboten wurde ein buntes Programm aus Musik, Talk und einer Tombola des Tourismusvereins sowie Informationsstände mit zahlreichen Akteuren des Bezirkes. Auch die Fraktion der Linken in der BVV informierte sich an den Ständen der bezirklichen Einrichtungen und war auch selbst mit einem Infostand vertreten

Lösung statt Behördenpingpong

Klare Kommunikation zur geplanten Wilhelminenhofbrücke gefordert.



Eine neue Brücke zwischen Ober- und Niederschöneweide ist für die neuen Entwicklungen in Oberschöneweide dringend notwendig und wird seit langem von der BVV gefordert (Drucksache VI/1331 von 2009). Es wurde bereits 2006 ein Bebauungsplan vom Bezirksamt eingeleitet (Bebauungsplan 9-14). Die Zuständigkeit für Brückenbauwerke liegt bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. In den vergangenen Jahren gab es dort keine Kapazitäten für die Planung und Errichtung einer solchen Brücke. Im aktuellen Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr 2030 ist die Brücke nicht aufgeführt (Schriftliche Anfrage IX/0409).

Die CDU-Fraktion Treptow-Köpenick hat in die BVV vom 16. November 2023 den Antrag „Planungen zur Wilhelminenhofbrücke zügig abschließen und Entscheidungen treffen“ eingebracht. Darin wird das Bezirksamt ersucht „alle in seiner Hoheit liegenden Schritte zur Planung und Errichtung der Wilhelminenhofbrücke zu beschleunigen und rasch zum Abschluss zu führen“. Dabei bezieht sich die Fraktion auf einen Artikel im Tagesspiegel vom 16. Oktober 2023, in welchem der Regierende Bürgermeister zitiert wird mit den Worten „der Bezirk müsse sich entscheiden wie die Wilhelminenhofbrücke verkehrlich

ausgestattet werden solle.“ Laut Berichtes des Bezirksamtes hat das Bezirksamt Kenntnis davon erlangt, dass die DIE AG der SenMVKU in Gesprächen angeboten hat, die verkehrliche Untersuchung, die Planung und die Realisierung einer Brücke zu übernehmen. Das Bezirksamt selbst war bei dem Gespräch allerdings nicht dabei. Die Bezirksstadträtin Claudia Leistner hat dies zum Anlass genommen, sich an die SenMVKU zu wenden, um eine Verkehrsuntersuchung bezogen auf alle Verkehrsarten für die Wilhelminenhofbrücke anzuregen, um die Arbeit an der Wilhelminenhofbrücke schnellstmöglich gemäß der Beschlusslage der Bezirksverordnetenversammlung voranzutreiben. Der Antrag der CDU-Fraktion Treptow-Köpenick, das Bezirksamt solle Schritte zur Planung und Errichtung der Wilhelminenhofbrücke beschleunigen und rasch zum Abschluss bringen, benennt deshalb die falschen Adressaten.

Hierzu kritisiert der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Manuel Tyx:

„Wie die Bezirksstadträtin Claudia Leistner bereits mitteilte, sind die Planungen für die Wilhelminenhofbrücke auch durch das Bezirksamt angeregt und eine Verkehrsuntersuchung für alle Verkehrsarten gefordert worden. Die CDU-Fraktion hätte dies durch eine einfache

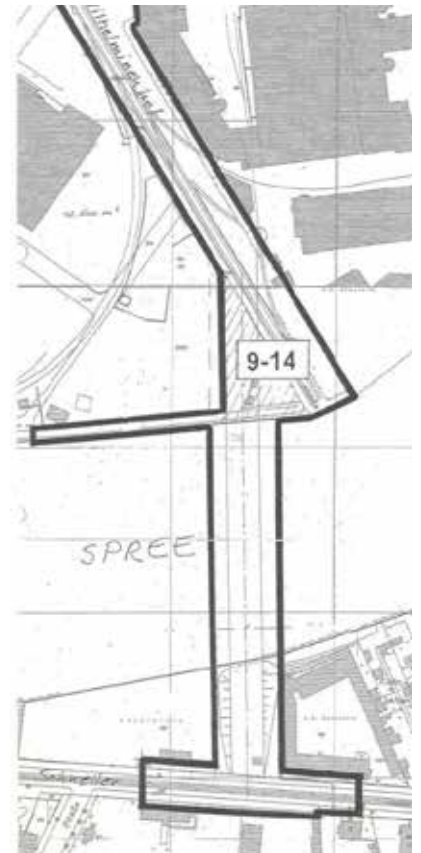
Anfrage erfahren können, statt sich mit einem Schaufensterantrag im Ausschuss aufplustern zu wollen.“

Uwe Doering Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke:

„Die Verkehrsprobleme, die sich auch im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Fachhochschule und der Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen ergeben, sind lange bekannt, auch die Notwendigkeit einer Brücke über die Spree in Richtung Oberspree. Das wurde in den vergangenen Jahren in der BVV immer wieder thematisiert. Wir setzen uns dabei für eine Brücke für Fußgehende sowie Radfahrerinnen und Radfahrer ein. Die hierfür notwendigen Planungen hatten jedoch in der zuständigen Senatsverwaltung bisher keine Priorität. Jetzt eine zügige Umsetzung vom Bezirksamt zu fordern, ist eine Verkehrung der Tatsachen. Die ungewöhnlichen Umgangsformen der Senatsverwaltung bei diesem wichtigen Projekt sind zudem sehr bemerkenswert.“

Jacob Zellmer, umweltpolitischer Sprecher Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu:

„Am Behrens-Ufer setzen wir uns für den Erhalt des Stadtbilds und den Blick auf den markanten Peter-Behrens-Turm ein. Wir wollen Schöneweide ohne Durchgangsverkehr und autoarm entwi-



Eine neue Brücke zwischen Ober- und Niederschöneweide ist für die neuen Entwicklungen in Oberschöneweide dringend notwendig und wird seit langem von der BVV gefordert.

ckeln. Deshalb setzen wir uns bei den Brückenplanungen für eine Straßenbahn-, Fuß-, und Radverkehrsbrücke ein.“

Ideen warten auf Umsetzung

Freiraumkonzept zum Vorplatz Bahnhof Schöneweide



Das Interesse war groß! Gut, dass es möglich war, per Zoom-Schaltung diese Veranstaltung zu verfolgen. Den Hauptteil hatte das Büro „Planwerk“ zu bestreiten, das gemeinsam vom Bezirksamt und der DB mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freiraumkonzeptes für die Bahnhofsvorplatzflächen beauftragt wurde „...unter Berücksichtigung verkehrlicher, funktionaler, städtebaulicher, freiräumlicher und denkmalpflegerischer Aspekte...“ mit dem Ziel der „... Sicherung des Bahnhofsumfeldes als nachhaltigem und qualitativem Verkehrsstandort einerseits und als attraktiven, zentralen Aufenthalts- und Begegnungsraum andererseits“.

Schon diese Aufzählung macht die enorme Herausforderung deutlich und auch das vorgestellte Konzept bedeutet noch nicht das Ende der Debatte, wie klarstellte wurde. Doch es wurde deutlich, dass schon viele Vorschläge und Ideen aus der Zivilgesellschaft mit berücksichtigt wurden.

Einige der gesetzten Kriterien sind unter anderem:

- die Begrünung des Platzes ist in neuer, zeitgemäßer Form mit ausreichend Sitzmöglichkeiten herzustellen
- die kleine Bronzeskulptur der „Stier“, die seit Jahrzehnten auf dem Bahnhofsvorplatz aushielt und derzeit sorgsam eingelagert ist, soll wieder wieder ihren Platz finden
- der unmittelbar vor dem Bahnhofseingang liegende „Cajamarca-Platz“ (benannt nach der Partnerstadt des Bezirks in Peru) soll endlich sichtbar und erkennbar werden



Aus dem Konzept zur Gestaltung am Bahnhof Schöneweide

- die vorhandene Überdachung des Eingangs zum (seit langem geschlossenen) Fußgängertunnel und der Tunnel selbst sollen zurückgebaut werden, damit das sorgsam denkmalgerecht rekonstruierte historische Bahnhofseingangsgebäude wieder Blickfang des Platzes wird und eine Neugestaltung überhaupt möglich ist.
- Fahrradstellplätze: Insgesamt sollen Abstellmöglichkeiten für ca. 1200 Fahrräder geschaffen werden, darunter ein Fahrradparkhaus – das erste in Berlin!

Was offensichtlich bisher keine Rolle bei den Planungen gespielt hat, ist die Errichtung einer öffentlichen, möglichst kostenfreien Toilette auf dem Bahnhofsvorplatz selbst, um dem unliebsamen Erleichtern in den Grünanlagen vorzubeugen. Darüber sollte dringend nochmal nachgedacht werden.

Von Seiten der Bahn wurde zugesichert, dass es im Bahnhofsgebäude selbst wieder das in Bahnhöfen übliche Dienst-

leistungsangebot geben wird, auch eine historische Restauration direkt am Bahnhofsgebäude soll in ihrer ursprüngliche Bestimmung wiederbelebt werden. Soweit, so interessant. Nur, wann uns denn all die schönen Dinge tatsächlich zur Verfügung stehen, da wollte sich keiner der Beteiligten so richtig festnageln lassen. „Wir sind in der Vorplanung“ ließ die Vertreterin des dafür zuständigen Grünflächenamtes verlauten. Das klingt nach inzwischen leider gewohntem Berliner „Bautempo“.

Umso dringender ist die Forderung, möglichst schnell solche Wege um die Dauerbaustelle zu schaffen, die vor allem von Johannisthal aus für Fußgänger ein einigermaßen anständiges und barrierefreies Erreichen des Bahnhofs selbst und des Einkaufszentrums Schöneweide möglich machen.

● Edith Karge

Beschlüsse

IX/0191 Verkehrssicherheit auf der Forsthausallee erhöhen (SPD, Die Linke)

IX/0269 Abfallbehälter Ecke Genovevastraße/ Däumlingsweg einrichten (Die Linke, SPD, CDU)

IX/0312 Errichtung von Gedenkstelen zur Berliner Kolonialausstellung im Treptower Park (B'90Grüne, SPD, DIE LINKE, CDU)

IX/0373 Ehrenhain auf dem Friedhof Adlershof würdig gestalten (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0523 Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude durch Abwärmenutzung (B'90Grüne, Die Linke)

IX/0560 Inklusionssport fördern (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

IX/0586 Bezirklicher Aktionsplan für queeres Leben und gegen Queerfeind-

lichkeit (B'90Grüne, Die Linke)

IX/0595 Werbung für das Berliner Register in Dienstgebäuden des Bezirks mit Publikumsverkehr (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

IX/0612 Auf ehemaliges Altglienicker Straßenbahndepot hinweisen (Ausschuss für Straßen, Grünflächen, Ordnung)

IX/0613 Rechtsabbiegepfad am Adlergestell (Ausschuss für Straßen, Grünflächen, Ordnung)

IX/0630 Stationäre psychiatrische Versorgung sichern: Psychiatrie des Krankenhaus Hedwigshöhe sanieren (SPD, CDU, Die Linke, B'90Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/0617 Bedarfsermittlung von Schulplätzen für autistische Kinder (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0620 Einrichtung einer Busanbin-

dung für die Bergseite in Müggelheim (CDU, Beitritt: Die Linke, Einzelverordnete FDP)

IX/0621 Inklusive Spielplätze in Treptow-Köpenick (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

IX/0622 Autistische Kinder in Treptow-Köpenick bedarfsgerecht beschulen (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0624 Leistungsfähigkeit des künftigen Autobahnanschlusses Am Treptower Park ermitteln (B'90Grüne, SPD, Die Linke)

IX/0627 Konzept der Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung kommunaler Kulturveranstaltungs- sowie Gedenkulturrorte und ihrer Angebote verbessern (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my

Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Erfolge in 2023

Fraktion berichtet

Was haben wir eigentlich das ganze Jahr gemacht? Diese Frage stellen wir uns manchmal, wenn wir vor lauter neuen Projekten nicht wissen, wo uns gerade der Kopf steht. Damit Ihnen diese Frage erspart bleibt, haben wir hier eine Auswahl unsere größten Erfolge aus dem vergangenen Jahr 2023 zusammengestellt. Kommunalpolitik löst nicht die großen Probleme des Bundes oder des Landes, dafür können wir oft sehr direkt und konkret Dinge verbessern. Vieles könnte dabei noch schneller und besser gehen, daran arbeiten wir weiter mit viel Engagement.

Zu den Erfolgsmeldungen gehören:

- Kürzungen im Jugendbereich verhindert
 - Verkehrschaos in der Bahnhofstraße aufgelöst
 - Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen eröffnet
 - Streetworker für Obdachlose erkämpft
 - WIFI für Kiezklubs durchgesetzt
 - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbessert – Jugendsprechstunde eingeführt
 - Schließung der Kita „Die kleinen Fische“ verhindert
 - Zahl der Wahlplakate begrenzt
 - Geschwindigkeitskontrolle am Treptower Park durchgesetzt
- Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



[linksfraktiontk](https://www.linksfraktion-tk.de)

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23 Januar 2024
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Dienstag, 5. März 2024
Redaktionsschluss dafür: Di 25.2.24

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Wißlerstraße 24, 12587 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Januar 2024
Erscheinungstag blättchen 298: Di. 5. März 2024
Redaktionsschluss dafür: Di 25.2.24
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im **Februar** zum Geburtstag

- 70. Sonja Kemnitz,
Paul Stettiner
- 90. Hannelore Beil,
Ingrid Semjow,
Dieter Weidlich
- 91. Ingeburg Rieß,
Karlheinz Tunger,

- Dorothea van Randenborgh
- 92. Helga Margan,
Edith Lünser
- 94. Ursula Gottwald
- 95. Rosa Tietz,
Jens-Peter Dierichs



Staffelstab in der AG Senioren übergeben

Helga Lechner-Gerasch & Hanni Hambach übernehmen



Siegfried Ebert in Aktion. Neben ihm Helga-Lechner-Gerasch

Die einzige Berliner AG Senior:innenpolitik der LINKE auf Bezirksebene verabschiedete ihren langjährigen Vorsitzenden Siegfried Ebert. Er hielt dieses Aktiv mehr als 30 Jahre zusammen, das muss man erstmal hinkriegen. Zu allen Fragen im Bezirk und in der Partei wurde diskutiert: immer unter der Perspektive älterer Menschen, ihrer Bedürfnisse, ihrer Vorschläge. Siegfried war Strategie, Kümmerer und dabei überall im Bezirk zu sehen. Seine Worte gaben linken Positionen immer Gewicht: in Bürgerinitia-

tiven, auf Seniorenforen, an Wahlkampfständen der LINKE und natürlich in den Treffen „seiner“ BO und „seiner“ Orts- teilgruppe.

Siegfried Ebert – fast 90 jähriges Urge- stein des Bezirksverbandes Treptow- Köpenick – tritt nun in die zweite Reihe, bleibt aber auch in der AG aktiv. Die AG Senioren sagt herzlich: danke! Und die neuen Vorsitzenden – Helga Lechner- Gerasch und Hanni Hambach- überneh- men den Staffelstab.

■ ■ ■ Sonja Kemnitz

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde **Montag 11.3. von 12–18 Uhr**
Im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

Sozial- und Rechtsberatung

Jeden **zweiten Montag im Monat um 16.30 Uhr**

Im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefonische Anmeldung unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Mittwoch, 14.2. von 15–17 Uhr

(nach vorheriger Terminabsprache), Wahlkreisbüro „Die Quelle“
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin

Nach der Ampel LINKS!

Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz.

Am 11. Februar 2024 wird die Bundestagswahl von 2021 in Teilen von Berlin wiederholt. Rund 500.000 Berlinerinnen und Berliner können ihre Stimme erneut abgeben. Ein kleiner Teil davon auch in Treptow-Köpenick.

Ampel-Chaos, Kürzungspolitik und rechtsextreme Umsturzpläne – mit Ihrer Stimme für Die Linke können Sie ein Zeichen setzen.

Gegen diesen Wahnsinn und für ein Land, in dem es gerecht zugeht.

Die Forderungen der Linken:

- Bezahlbares Wohnen statt teurer Mieten
- Arbeit, von der man leben kann
- Klimaschutz, den sich alle leisten können
- Gesundheit darf keine Ware sein
- Friedliche Außenpolitik statt immer mehr Krieg und
- Aufstehen gegen Rassismus: Rechtsruck stoppen



Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) aus Anlass des internationalen Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar am Mahnmahl, Platz des 23. April. Auch Moritz Warnke, Vorsitzender der Linken. Treptow-Köpenick, legt dabei zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes einen Kranz nieder.

30 Jahre zapatistischer Aufstand

Das „Gemeinschaftliche“ und was wir sonst noch gemeinsam haben



Am 1. Januar 1994 besetzten indigene Bewohner:innen im Süden Mexikos fünf Bezirkshauptstädte des Bundesstaates Chiapas. Sie machten damit auf ihre 500-jährige gewaltsame Unterdrückung aufmerksam und forderten die Ländereien zurück, von denen sie vertrieben wurden. Nach kurzer Zeit konnte ein Waffenstillstand mit der mexikanischen Regierung ausgehandelt werden, den das Militär zwar häufig brach, mit dem aber große Regionen für die indigene Selbstverwaltung zurückerobert werden konnten.

Auf den ersten Blick könnte das als regionaler Konflikt gedeutet werden, mit

dem wir hier nichts zu tun haben. Das ist nicht der Fall. Das Datum des Aufstands wurde anlässlich des Inkrafttretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, den USA und Kanada gewählt. Somit verwiesen die Aufständischen, die sich auf den mexikanischen Revolutionär Emiliano Zapata beziehen, direkt auf die internationale Dimension des kolonialen und kapitalistischen Jochs. Der Aufstand der Zapatistas wurde zur Inspirationsquelle für die globalisierungskritische Bewegung der 1990er und 2000er Jahre im Kampf gegen die tödliche Zerstörung von Mensch und Umwelt durch den globalen Kapitalismus.

„Fragend schreiten wir voran“ ist ein Leitsatz der indigenen Selbstverwaltung, den in der Folge auch autonome Bewegungen im globalen Norden übernahmen. Die Zapatistas bildeten 2003 regionale „Räte der guten Regierung“, die bis Ende letzten Jahres über 20 Jahre Entscheidungen über das Zusammenleben trafen, wo der Staat und deren „schlechte Regierung“ nicht mehr anerkannt wurden. Die Verwaltungsstrukturen wurden in einem langen Prozess evaluiert und jetzt durch lokale Räte auf kleinerer dörflicher Ebene ersetzt. So soll Informationsverlust, Korruption und Langsamkeit durch eine noch vertiefte Demokratisierung begegnet werden.

Die zweite große Neuerung, die zum Jubiläum verkündet wurde, ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Demokratie. Land wird Gemeinschaftseigentum. Das gemeinsame Land kann auf Zeit bestellt werden. „El común“ (übersetzt: das Gemeinsame oder das Gemeinschaftliche) ist das große Stichwort während der Jubiläums-Feierlichkeiten. Gemeingüter, Commons, Vergesellschaftung – das sind wichtige Konzepte für Linke weltweit.

Über vier Tage feierten zum Jahreswechsel 5.000 Menschen in der zapatistischen Gemeinde Dolores Hidalgo 30 Jahre Aufstand und den gemeinsamen Kampf „für das Leben“. Auch zahlreiche internationale Gäste waren angereist. „Kann der Kapitalismus humanisiert werden?“, fragte der Subcomandante Moisés bei seiner Rede. Gäste und Redner gaben die Antwort prompt: „Nein!“

Das Theaters Ost braucht unsere Unterstützung

Nachforderungen bei den Energiekosten



Seit nunmehr über acht Jahren besteht es nun, das „Theater Ost“ (vormals Theater Adlershof). Den (Theater-)Kinderschuhen endgültig entwachsen, ist es inzwischen über die Bezirksgrenze hinaus in ganz Berlin bekannt. Besonders ist der überaus vielfältige Spielplan, mit Gastspielen z.B. von Hans-Eckhard Wenzel, Tino Eisbrenner, tollen Eigenproduktionen, zuletzt eine großartige Adaption von Brecht-Texten unter dem Titel „Furcht und Elend“, aber auch Talk-Runden zu aktuellen politischen Themen u.a. mit Gregor Gysi.

Das alles ist nicht umsonst zu haben. Immer wieder war das Geld knapp, immer wieder wurden Schwierigkeiten überwunden. Leiterin Kathrin Schüle in kämpft seit Jahren darum, das Theater zu erhalten und voranzubringen, einen kulturvollen Ort zu schaffen, welcher Menschen zusammenbringt, Inhalte nach vorn stellt und vor

allem auch Kulturschaffenden eine Bühne bietet. Nun aber gibt es Nachforderungen bei den Energiekosten in Größenordnungen, die durch die Einnahmen des Theaters allein einfach nicht zu stemmen sind.

Seien wir solidarisch, unterstützen wir das Theater mit unseren Spenden, jeder Betrag hilft!

Bankverbindung:

Bankname: Berliner Sparkasse

Kontoinhaber(in): Kathrin Schüle in

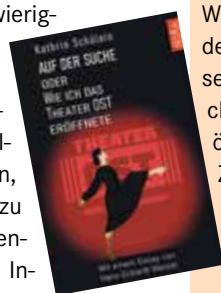
IBAN: DE48 1005 0000 1065 3792 90

Verwendungszweck:

Spende Theater OST

Wer Genaueres über die Geschichte des Theaters erfahren möchte, dem sei das Buch empfohlen: „Auf der Suche oder Wie ich das Theater Ost eröffnete“ von Kathrin Schüle in.

Zu erwerben hier: ISBN 978-3-86557-525-8 BEBUG Verlag GmbH und im Theater Ost zu den Kassenöffnungszeiten und Vorstellungen



Unversöhnlich?

Die Linke und der Nahostkonflikt

Die Vergewaltigungen, Morde und Geiselnahmen der Hamas vom 7. Oktober haben eine neue und brutale Phase im Nahostkonflikt eingeläutet. Zwischen Verantwortung und Bekenntnis für das demokratische Israel und Solidarität mit den Anliegen der palästinensischen Bevölkerung ringt die Linke um eine Haltung. Darüber und wie eine Lösung des Konflikts aussehen könnte, führt die Progressive Linke am Dienstag, 5. März, 18 Uhr, Brückenstraße 28 (Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi), eine Veranstaltung mit Klaus Lederer (MdA, früherer Senator) und Angelika Timm (7 Jahre Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv) durch.



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de



Unsere Zeitung im Digitalabo!

Dein Dating: *online*
Deine Filme: *Stream*
Deine Nachrichten: *App*

Neuigkeiten für Treptow-Köpenick auf Papier? Nein! Bekomme unsere Zeitung jetzt digital und kostenlos im Abo:



www.linksfraktion-tk.de

Moisés ist Nachfolger von Subcomandante Marcos, der bekanntesten Figur der Zapatistas. Die Fähigkeit Macht abzugeben und umzuverteilen, hat wesentlich zum erfolgreichen Bestehen beigetragen, wovon die Linke ebenfalls lernen kann. Die Zapatistas verdienen weiterhin unsere Aufmerksamkeit und unsere Solidarität.

■ ■ Hanno Bruchmannw

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN



POLITIK UND ENGAGEMENT

So 11.2. Teilweise Wiederholung der Bundestagswahl von 2021. Siehe dazu Seite 7

Di 5.3. | 18 Uhr Unversöhnlich? – Die Linke und der Nahostkonflikt nach dem 7. Oktober 2023 mit Klaus Lederer und Angelika Timm, Bürgerbüro Brückenstraße 28. Eine Veranstaltung der Progressiven Linken.



KULTUR UND UNTERHALTUNG

Sa 17.2. | 18 Uhr Kabarett: „Na det war wieda 'n Jahr!“ Gerald Wolf präsentiert einen satirischen Jahresrückblick. Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz e.V. / Schnellerstraße 81

Fr 23.2. | 18 Uhr Chanson-Programm „Die Liebe wintert nicht, Lieder & Lyrik“ GERTA STECHER im Lied mit Brechts Visionen, Brechts Illusionen, Brechts Meditationen, Brechts Reflexionen. Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz e.V. / Schnellerstraße 81



KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Di 13.2. | 19 Uhr Netzpolitik-Treffen. Landesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik. Interessierte herzlich willkommen! Treffpunkt: Büro von MdL Niklas Schrader: Schierker Straße 26

Mo 12.2. | 15 Uhr AG Senior:innen, Gäste und neue Mitglieder willkommen, Bürgerbüro Brückenstraße 28, 12439 Berlin